

## Politische Bildung im Kalten Krieg

**Gudrun Hentges, 2013: Staat und politische Bildung. Von der »Zentrale für Heimatdienst zur Bundeszentrale für politische Bildung«, Springer VS, Wiesbaden, 493 S. 49,95 € (eBook 36,99 Euro), ISBN 978-3-531-18670-2**

Der Anfang institutioneller politischer Bildung im westlichen Nachkriegsdeutschland war — natürlich — von den Besatzungsmächten inspiriert. Wie das »Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik« in München litt das »Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten« in Frankfurt am Main an Unterfinanzierung. Aus dem einen wurde das Institut für Zeitgeschichte, das andere ging zwar 1954 an Auszehrung zugrunde, gab aber den Anstoß zur Gründung der Bundeszentrale für politische Bildung.

Aufgeschreckt durch die Ankündigung, das »Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten« erwäge die Wiederbelebung der Reichszentrale für Heimatdienst, wurde das Bundeskanzleramt in Bonn aktiv. Ministerialdirigent Globke zog das Projekt an die Regierungszentrale und war auch um einen passen-

den Chef der künftigen Behörde nicht verlegen: Paul Franken, Kartellbruder Adenauers aus der katholischen Studentenverbindung und Gegner Hitlers, gleichwohl seit 1933 Mitglied der NSDAP, die ihn 1938 wieder ausschloss, monatelang in Schutzhaft, im Widerstand aktiv und für die militärische Abwehr in Rom tätig. Der Christdemokrat Franken war Favorit für das neue Amt, das sich der Erziehung des Volkes zur Demokratie widmen sollte. Dazu griff man auf bewährtes Instrumentarium zurück: Die »Reichszentrale für Heimatdienst« war am Ende des Ersten Weltkrieges als flankierende innenpolitische Maßnahme zur Stärkung des Durchhaltewillens der Heimat, als Pendant zur kämpfenden Truppe, gegründet worden. In der Weimarer Republik diente die Institution der Regierungspropaganda. Mit der Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda war die Zentrale für Heimatdienst obsolet geworden und ging in Goebbels-Ministerium auf. Vermutlich erinnerte man sich der Existenz der Behörde aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus und hielt sie für demokratisch,

weil sie von Hitler aufgelöst worden war. Am Firmenschild nahm niemand Anstoß.

Die regierungsamtliche Intention war eindeutig, nämlich ein Instrument zu schaffen, das der Bevölkerung die Werte und Intentionen der Regierung vermitteln sollte, allerdings weniger direkt als das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Dort war die Gründung argwöhnisch beobachtet worden; gekämpft wurde auch zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium, wo die Bundeszentrale für Heimatdienst resortieren sollte. Die Entscheidung fiel für das Ministerium und die parteipolitische Neutralität sollte ein Kuratorium gewährleisten, in dem auch Abgeordnete der Opposition Sitz und Stimme hatten.

Wie der Name blieb auch das Programm konservativem Geist verpflichtet. Als Aufgabe und Ziel war im Gründungserlass die Festigung und Verbreitung des demokratischen Gedankens und die Europaidee festgeschrieben. Anfang der 1950er Jahre bedeutete das energische Engagement im Kalten Krieg gegen die Gefahren aus dem Osten. Die Abwehr kommunistischer Ideologie hatte größten Stellenwert, exekutiert wurde das im Ostkolleg in Köln.

Angesichts der Bedrohung aus dem Ostblock war man nicht zimperlich beim Personal und übersah geflissentlich Verstrickungen in den Herrschaftsapparat des NS-Staats. Für den guten Zweck, die Erziehung des Volkes zur freiheitlichen Demokratie, nahm auch der Verfassungsschutz gelegentlich tätigen Anteil an der Arbeit des Ostkollegs und auch der US-Geheimdienst CIA engagierte sich. Das sind keine Spekulationen oder Mutmaßungen, sondern Ergebnis sorgfältigen Aktenstudiums, das die Autorin Gudrun Hentges geleistet hat.

Die Umbenennung in Bundeszentrale für politische Bildung Mitte 1963 bedeutete zwar keinen Paradigmenwechsel, wie er 1955 unter antikommunistischen Vorzeichen stattgefunden hatte, aber doch eine Modernisie-

rung. Die damalige Positionierung war intern nicht ohne Kontroversen geblieben, aber der Anstoß kam von außen in Gestalt der antisemitischen Schmierwelle, die ab Weihnachten 1959 von Köln aus das Land überschwemmte. Den regierungsamtlichen Beschwichtigungen, die eine Provokation aus der DDR unterstellten, folgte die Notwendigkeit, der Aufklärung über den Nationalsozialismus eigene Aufmerksamkeit zu widmen und ihn nicht nur unter der Totalitarismustheorie als die Kehrseite des kommunistischen Weltübels zu betrachten.

Gudrun Hentges besichtigt in ihrer breit angelegten, materialreichen und detailgenauen Studie das erste Jahrzehnt der Behörde. Vieles, was die Autorin zutage fördert, ist erschreckend: Die patriarchalisch-autoritäre

Attitüde, in der in den ersten Jahren der Bundesrepublik Politik gemacht, Einfluss genommen, Personalentscheidungen geklüngelt wurden. Die Autorin war aber nicht im Enthüllungseifer auf der Suche nach skandalisierbaren Sachverhalten. Sie hat Augenmaß, mit dem sie die Leidenschaft des Entdeckens kontrolliert, sie verliert sich — bei aller Akribie und Darstellungslust — nicht in den Details. Die nüchterne Analyse der Behördengeschichte stellt sie in den historischen Kontext von Kaltem Krieg, Systemkonkurrenz, Revitalisierung von Ideen und Institutionen der Weimarer Republik und der Wirkung von NS-Karrieren. Das Ergebnis ist beachtlich. Ein erhellendes, ein wichtiges Buch.

Wolfgang Benz, Berlin